

39. Sitzung am 9. Dezember 2010

Redebeitrag der Abgeordneten Jennifer Schubert zum Bericht über den Stand und die voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft des Landes

Abgeordnete Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich fange mal mit dem Städtebau an: Frau Doht, wenn Sie unsere Änderungsanträge studiert haben, dann werden Sie merken, dass wir hier sehr, sehr maßvoll gekürzt haben. Nur weil es Kofinanzierungsmittel vom Bund gibt, heißt das noch lange nicht, dass wir nicht sparen müssen. Wir wollen auch im Bereich Städtebau anfangen; ein Bereich mit verschiedenen Programmteilen, die an Unübersichtlichkeit, nicht zu überbieten sind. Das wäre auch noch eine Aufgabe für das Verkehrsministerium, hier etwas Licht ins Dunkel zu bringen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen im Gegensatz zur Großen Koalition nicht bis 2020 warten, sondern wir wollen jetzt anfangen, den Landeshaushalt zu sanieren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass alle sich so vor der Investitionsquote verneigen, ist nicht nachvollziehbar. Nur weil irgendwo steht 37 Prozent, heißt das noch lange nicht, dass das gut ist. Wir müssen uns doch angucken, wozu wir investieren und vor allem, was für Kosten eine Investition in zehn Jahren bedeutet. Das ist bei den Straßen sehr intransparent. Im Landesentwicklungsbericht von 2009 steht, Thüringen hat eine ausreichende Infrastruktur, was die Straßen betrifft. Punkt. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Frau Doht, wenn Sie immer nur von 35 Mio. € reden, dann haben Sie den Haushaltsplan nicht studiert. Es geht um insgesamt 60 Mio. €, weil wir uns auch den Straßenneubau angeschaut haben und wir brauchen in diesem Land keine neuen Straßen mehr.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das brauchen wir nicht.

(Zwischenruf Abg. Bergemann, CDU: Das haben Sie schon vor 20 Jahren gesagt.)

(Unruhe CDU)

Die Generationen, die in 10, 20 Jahren diese Infrastruktur vor der Haustür haben, die werden sich bei uns bedanken. Diese Infrastruktur ist nicht mehr zu bezahlen und sie beruht auch auf einer Ressource, die endlich ist. Wir fordern nach wie vor den Landesstraßenbedarfsplan und dort werden wir uns auch noch näher über Sinn und Unsinn der Vorhaben unterhalten. Das Problem ist doch, wo ist die Evaluation, wo ist der Nachweis, dass diese Vorhaben sinnvoll sind? In so vielen anderen Bereichen muss man jeden Euro nachweisen und auch evaluieren. Der Straßenbau wird einfach so hingenommen. Wo ist der Nachweis, dass die Ortsumfahrungen, die gerade gebaut werden, auch sinnvoll sind? Wo sind die Verkehrszählungen? Die gibt sie nicht. Das ist das Problem.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da möchte ich auch einen Appell an das Parlament schicken, interessieren Sie sich doch dafür.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Der blanke Unsinn.)

Interessieren Sie sich doch mal dafür, wo die Millionen verbaut werden und ob das sinnvoll ist.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Wie kommen Sie denn von A nach B?)

Hängen Sie sich auch eine Straßenkarte ins Büro. Frau Walsmann hat sinngemäß gesagt, wir haben im Straßenneubau eigentlich nichts mehr zu tun, sondern wir müssen uns auf die Erhaltung konzentrieren und das wollen wir, so sind auch unsere Änderungsanträge gemeint.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch Erhaltungsmaßnahmen müssen gestreckt werden, wenn wir den Landeshaushalt sanieren wollen. Wenn sie dies nicht wollen, dann sagen sie es doch ehrlicherweise. Ein weiterer Skandal versteckt sich in diesem Bereich Straßenbau; dort waren im Radverkehr für 2010 noch 1,7 Mio. € eingestellt, jetzt sind es 1,4 Mio. €. Das ist ein Skandal. Das ist ein Skandal: nicht nur verkehrspolitisch und umweltpolitisch, sondern auch ein Skandal, wenn man sich anschaut, wo wir sind beim Model-split. Wir haben im Alltagsradverkehr in Thüringen 7 Prozent. Tanja Görner, die amtierende Umweltministerin Ihrer Partei in Baden-Württemberg, hat das Ziel ausgerufen, den Model-split im Radverkehr auf 20 Prozent anzuheben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist doch einmal ein ehrgeiziges Ziel. Was höre ich da in Thüringen, höchstens den Satz: Grundsätzlich begrüßen wir schon, wenn der Alltagsradverkehr zunimmt. Aber wo sind die Maßnahmen, mit denen Sie das auch erreichen wollen, ich sehe Sie nicht. Die Gesundheitskosten, die man in diesem Bereich dadurch spart, sind sehr konservativ gerechnet; übrigens 200 Mio. € im Jahr. Wenn Sie den Body Maß Index in Thüringen betrachten, dann wissen Sie, worauf ich hinaus will.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sparen damit echtes Geld, wenn wir in Radwege investieren - eine ganz einfache Rechnung - und auch eine Maßnahme, um den Landeshaushalt zu sanieren. Herr Mohring spricht immer davon, dieses Land zukunftsfähig zu machen. Konkret ist er nicht geworden. Ich möchte jetzt noch einmal einen sehr wichtigen Punkt darstellen, wo das sehr konkret wird, nämlich den Landesentwicklungsplan. Dort versteckt sich ein Schatz, der Schatz heißt erneuerbare Energien. Diesen Schatz gilt es zu heben, und der Landesentwicklungsplan ist ein Werkzeug, um ihn zu heben. Wir haben in den Kommunen noch riesige Potentiale an regionaler Wertschöpfung, die wir noch nicht nutzen. Das sind - auch relativ konservativ gerechnet - 200 Mio. € insgesamt, die auch wieder den Landeshaushalt entlasten. Deshalb, Frau Eich-Born, Sie haben gestern auf meine Anfrage, ob die Landesregierung beabsichtigt, im Landesentwicklungsplan verbindliche Vorgaben zu machen, verbindliche Vorgaben für die Nutzung der erneuerbaren Energien, gesagt, ja, wenn es Vorgaben sind, die man mit überräumlicher Bedeutung in Verbindung bringen kann. Meine Damen und Herren, Klimaschutz und CO-Ausstoß - was, wenn nicht das, ist von überregionaler Bedeutung?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, beim Landesentwicklungsplan - und da schaue ich jetzt in die Reihen der schwarz-roten Koalition - müsst ihr euch noch ganz schön zusammenraufen, wenn es damit etwas werden soll.

Ein letzter Satz, weil meine Redezeit schon endet, zum Thema "Flughafen". Die Landesregierung weiß es, sie traut es sich nur nicht zu sagen: Thüringen braucht keinen einzigen Flughafen. Die 200 Mio. €, die wir als CDU-Erblast - und das ist noch nicht alles - vor uns hertragen in ihm die Schulden zu tilgen, da können Sie sich ausrechnen - das ist eine kleine Rechenaufgabe, die ich am Ende noch mitgebe -, wie viele Jahre lang man mit diesen 200 Mio. € die 4 Mio. € Einsparung im Nahverkehr hätten kompensieren können.

Vielen Dank

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)